

AUSGABE 1 | 2026

# STÄDTETAG AKTUELL

## Inhalt

### SCHWERPUNKT KOMMUNALFINANZEN

Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei

Drei Fragen an...  
Potsdams Oberbürgermeisterin  
Noosha Aubel und  
Krefelds Oberbürgermeister  
Frank Meyer

Hinter kommunalen Finanzkrisen steckt ein Muster

Gestalten in der Krise – Kommunen im Konsolidierungsdruck

Die Städte stehen vor dem finanziellen Kollaps

Verhängnisvoller Trend: Die kommunalen Sozialausgaben steigen immer schneller

### AUS DEM STÄDTETAG

Präsidium und Hauptausschuss tagten in Dresden

### FACHINFORMATIONEN





Nach dem Treffen mit dem Bundeskanzler Anfang Dezember. Im Bild (v. l.): Städtetagshauptgeschäftsführer Christian Schuchardt; Landrat Dr. Achim Brötel, Präsident Deutscher Landkreistag; Oberbürgermeister Burkhard Jung, Präsident Deutscher Städtetag; Bürgermeister Ralph Spiegler, Präsident Städte- und Gemeindebund.  
© Timm Steinborn

## Editorial

---

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in diesem Jahr und in den kommenden Jahren werden bei den Kommunen mehr als 30 Milliarden Euro an neuen jährlichen Defiziten anfallen. Diese Defizite haben die Kommunen nicht selbst verschuldet, sie können sie auch nicht selbst abbauen. Der wesentliche Grund sind steigende Sozialkosten und Aufgaben, die Bund und Länder uns zuweisen, aber nicht ausreichend ausfinanzieren. Das ist das, was wir wie ein Mantra seit Monaten wiederholen. Nicht, weil wir uns in der Rolle des Mahners gefallen. Sondern weil die Situation wirklich gefährlich ist: gefährlich für Deutschland und unser Miteinander insgesamt. Menschen erleben den Staat in der Regel vor Ort in den Kommunen und beurteilen danach, wie handlungsfähig dieser ist. Diese Handlungsfähigkeit ist in Gefahr.

Geld ist kein Selbstzweck in der Politik. Das wissen alle, die kommunalpolitisch Verantwortung tragen. Mit ihren Haushalts-

mitteln gestalten die Städte konkret das Lebensumfeld der Menschen vor Ort. Es ist deshalb auch kein Selbstzweck, dass Kommunalfinanzen inzwischen das alles bestimmende Thema in unseren politischen Debatten ist. Wir wollen gern über Zukunftsfragen sprechen, über Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Und das tun wir auch: Mitte Januar sind Stadtspitzen aus ganz Deutschland zu den Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages in Dresden zusammengekommen. Wir haben Konzepte für einen modernen ÖPNV diskutiert. Wir haben besprochen, was es braucht, um Kulturbauten in den Städten zu schützen und unsere Theatertage zukunftsweisend zu machen. Wir haben klare Forderungen zum besseren Schutz unserer kritischen Infrastruktur aufgestellt und diskutiert, wie Städte mit sinnvollem Einsatz von KI zu „Smart Cities“ werden können. Und wir haben besprochen, wie wir die Energiewende stemmen können. Wir sind die Expertinnen und Experten vor Ort, wir haben Konzepte für die Zukunft. Aber kaum etwas davon werden

wir umsetzen können, wenn uns finanziell jeder Spielraum fehlt.

Deswegen sagen wir: 2026 muss das Jahr der finanziellen Entlastung der Kommunen werden. Und deshalb wirft diese Ausgabe von „Städtetag aktuell“ zum Beginn des Jahres mit ihrem Themenschwerpunkt einen Blick auf die größte kommunale Finanzkrise, die es in der Bundesrepublik je gab. Wir beleuchten alles, was uns auf dem Weg hin zu wieder auskömmlichen und guten Kommunalfinanzen hilft: Wir schauen auf die Ursachen – von den stetig steigenden Sozialausgaben bis zu politischen Prozessen auf Bundes- und Landesebene. Wir lassen Stimmen aus den Mitgliedsstädten zu Wort kommen, die schildern, was die Finanzkrise konkret vor Ort bedeutet. Wir nehmen das Sondervermögen für Infrastruktur in den Fokus: Hilft es den Kommunen – und wenn ja, wie? Und nicht zuletzt formulieren wir klar, was sich ändern muss.

Diese Ausgabe von „Städtetag aktuell“ steht damit für das, was unser Engagement als Städtetag in diesem Jahr ausmachen wird: Nicht müde zu werden, auf allen Ebenen für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen zu kämpfen und dafür die richtigen Ansätze zu liefern. Anlässe dafür gibt es viele: Die Sozialstaatskommission hat ihren Bericht gerade veröffentlicht – die Diskussion um eine Reform unserer Sozialsysteme wird weitergehen. Und auch die Gespräche zum angekündigten Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen werden in diesem Jahr starten. Dieser Pakt muss mehr werden als ein rein programmatisches Bekenntnis. Er muss zu messbaren strukturellen Verbesserungen führen. Dafür werden wir uns einsetzen.



Christian Schuchardt  
Hauptgeschäftsführer  
des Deutschen Städtetages

↗ [www.staedtetag.de/kommunalfinanzen](http://www.staedtetag.de/kommunalfinanzen)

## TITELFOTO

### Was wäre, wenn ...

... eine KI das Foto einer deutschen Stadt generiert, die seit Jahrzehnten verlässlich und auskömmlich von Bund und Land finanziert wird. Wie würde diese Stadt aussehen und was würde sie ausmachen?

Der Haushalt wäre nicht von Kassenkrediten und finanziellen Notlösungen geprägt. Die Schulen der Stadt wären saniert und gut ausgestattet, auch digital. Turnhallen wären einladend und Toiletten offen und benutzbar. Kitas hätten kleine Gruppen, ausreichend Personal und keine Wartelisten.

Der öffentliche Nahverkehr wäre dicht getaktet, barrierefrei und klimafreundlich. Straßen und Brücken wären instand gehalten. Die Stadt könnte in Neues investieren und Altes erhalten. Digitalisierung wäre Alltag: Anträge online, Verwaltung effizient, Mitarbeitende entlastet.

Auch das gesellschaftliche Leben wäre reichhaltig. Sportvereine, Kulturinitiativen und soziale Träger könnten ihre Angebote machen und müssten nicht Jahr für Jahr um Zuschüsse bangen. Bibliotheken und Schwimmbäder wären lange geöffnet, Quartiere lebendig, Innenstädte attraktiv. Klimaschutz und Klimaanpassung wären selbstverständlich. Kurz: Die Stadt hätte Gestaltungsspielräume, wäre handlungsfähig, zukunftsorientiert und attraktiv für Bürgerinnen und Bürger.

Vielleicht würde diese Stadt so ähnlich aussehen, wie die helle Hälfte unseres KI-Titelfotos (Quelle: ChatGPT).

# Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei

Von Burkhard Jung

**Vor ziemlich genau einem Jahr, im Februar 2025, hat der Deutsche Städtetag in der Bundespressekonferenz in Berlin einen beispiellosen Hilferuf abgesetzt und für die Zeit nach der vorgezogenen Bundestagswahl von Bund und Ländern eine Trendwende für die Kommunalfinanzen gefordert.**

Die Zahlen, die wir damals in Berlin präsentiert haben, hätten drastischer kaum sein können: 95 Prozent der Städte beurteilten ihre Finanzsituation in den kommenden fünf Jahren als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“. Und nur noch 6 Prozent der Städte rechneten mit einem echten ausgeglichenen Haushalt. Seitdem ist, davon bin ich überzeugt, der Ernst der Lage der Kommunen vom Bund und von den Ländern verstanden

worden. Das haben viele unserer Gespräche landauf, landab gezeigt. Das ist die gute Nachricht.

Die schlechte ist: Passiert ist seitdem nichts. Zum mindesten nichts, das den Kommunen dauerhaft aus der Finanzmisere hilft. Das Sondervermögen für Infrastruktur ist natürlich wichtig. Unterm Strich werden Städte und Gemeinden investiv unterstützt. Das hilft. Allerdings fahren die kommunalen Haushalte aktuell mehr als 30 Milliarden Euro Defizit in ihren ständigen Ausgaben ein – pro Jahr! Die Mittel aus dem Sondervermögen können teilweise nicht mit Eigenmitteln ergänzt werden, viele Haushalte sind Nothaushalte, Haushaltssicherungskonzepte sind an der Tagesordnung, freiwillige Aufgaben, die das Leben in unseren Städten erst lebenswert machen, stehen zur Disposition.

2026 muss deshalb das Jahr der dauerhaften finanziellen Entlastung für die Kommunen werden. Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei. Die Städte haben keine Zeit mehr. Dass wir in den kommenden Jahren nach und nach die allermeisten unserer freiwilligen Leistungen kürzen und sogar ganz einstellen müssen, ist inzwischen absehbar – wenn sich nichts ändert. Wir brauchen von Bund und Ländern noch in diesem Jahr

**„Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei. Die Städte haben keine Zeit mehr. Dass wir in den kommenden Jahren nach und nach die allermeisten unserer freiwilligen Leistungen kürzen und sogar ganz einstellen müssen, ist inzwischen absehbar – wenn sich nichts ändert.“**

Illustration: Jakob Hinrichs





handfeste Beschlüsse, die die Kommunen massiv und langfristig entlasten und finanziell deutlich besser ausstatten.

Das wird nicht möglich sein, ohne den ein oder anderen alten Zopf abzuschneiden. Es wird einen Mix brauchen aus weniger Bürokratie und einfacheren Prozessen, aus einer neuen föderalen Finanzordnung mit finanziell gestärkten Kommunen, aus Digitalisierung und aus der Bündelung von Leistungen, die dann Bund oder Länder statt der Kommunen übernehmen könnten. Zu diesem Mix wird aber auch gehören, dass wir uns gemeinsam mit Bund und Ländern ehrlich machen – vor allem im Bereich der Sozialausgaben.

Wir müssen einen Blick darauf werfen, ob sich die Leistungsausweitungen der vergangenen Jahre im jetzigen System noch finanzieren lassen. Und wir müssen uns auch selbtkritisch die Frage stellen: Wären die neuen Leistungen auch dann beschlossen worden, wenn die Situation der öffentlichen Haushalte damals schon so gewesen wäre, wie sie heute ist? Wir sollten den Leistungskatalog in vielen Bereichen kritisch überprüfen: Haben die Menschen wirklich von den – oft extrem teuren – Reformen profitiert?

Im Januar hat der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages die „Dresdner Impulse“ verabschiedet. Der Bund hat inzwischen trilaterale Gespräche mit Vertretern des Bundes, Vertretern der Länder und den drei kommunalen Spitzenverbänden zur kommunalen Finanzsituation angekündigt. Mit den „Dresdner Impulsen“ reichen wir Bund und Ländern die Hand für echte Reformen, die den Kommunen wirklich helfen. Damit verbinden wir aber auch klare Forderungen:

- Erstens: Eine Soforthilfe für die Kommunen, die etwa dem derzeitigen jährlichen Defizit der kommunalen Haushalte von 30

Milliarden Euro entspricht. Konkret wäre das über eine Anhebung des Anteils der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen um 10 Prozentpunkte von 2,8 auf 12,8 Prozent möglich. Diese jährliche Soforthilfe darf erst zurückgefahren werden, wenn Reformen wirken, die die Kommunen entlasten.

- Zweitens: Der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt auch“ muss sofort für alle Aufgabenübertragungen oder -ausweitungen von Bund und Ländern gelten.
- Drittens fordern wir eine Entlastung bei den Sozialkosten: Der Bund muss sich etwa viel stärker als bisher an den Kosten der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Einrichtungshilfe beteiligen.
- Und viertens müssen wir konsequent Bürokratie und Prozesse vereinfachen: Komplizierte Verfahren dürfen die Städte und die Bürgerinnen und Bürger nicht weiter unnötig binden.

Ich bin überzeugt: Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt hängt entscheidend davon ab, welcher Spielraum den Städten noch bleibt, um vor Ort zu gestalten. Handlungsfähige Städte sind ein Garant der Demokratie. Das müssen sie heute, mehr denn je, auch bleiben.



© Michael Bader

Oberbürgermeister  
Burkhard Jung  
Präsident des Deutschen  
Städtetages

## Drei Fragen an ... Potsdams Oberbürgermeisterin Noosha Aubel

---

### Was sind die dringendsten Fragen für Potsdam, angesichts der aktuellen Finanzprobleme?

OBin Aubel: Die drängendste Frage ist derzeit ganz klar: Wie sichern wir Handlungsfähigkeit, ohne die Zukunft der Stadt zu verspielen? Potsdam wächst, die Anforderungen steigen – bei Schulen, bezahlbarem Wohnraum, Verkehr und Klimaschutz. Gleichzeitig werden die finanziellen Spielräume immer enger. Wir leben von unseren Rücklagen, die wir in den vergangenen zwei Jahrzehnten mühsam aufgebaut haben, mit dem Ziel, sie für Investitionen zu verwenden. Unser Haushalt 2026 umfasst gut eine Milliarde Euro und sieht einen Fehlbetrag von rund 34 Millionen Euro vor. Die Finanzlage der Kommune darf aber nicht dazu führen, dass wir den Anspruch auf eine lebenswerte, soziale und nachhaltige Stadt aufgeben.

### Mit Blick auf Ihre Gestaltungswünsche: Inwieweit hemmt die mangelhafte kommunale Finanzausstattung?

Eine angespannte Haushaltslage schränkt kommunale Gestaltungsmöglichkeiten erheblich ein – und diese Situation ist in hohem Maße das Ergebnis einer seit Jahren unzureichenden finanziellen Ausstattung der Kommunen. Viele gute und fachlich überzeugende Ideen scheitern nicht am politischen Willen vor Ort, sondern daran, dass Städte und Gemeinden das dafür notwendige Geld schlicht nicht zur Verfügung haben. Diese strukturelle Unterfinanzierung zwingt uns immer wieder dazu, Projekte zu verschieben oder ganz aufzugeben, obwohl sie für die Stadtgesellschaft notwendig wären. Kommunen dürfen nicht dauerhaft am Limit arbeiten – wer starke Städte will, muss sie auch entsprechend ausstatten.

### Mit Blick auf Bund und Land und mit Blick auf die eigene Stadtkasse: Was muss sich ändern bei der Finanzierung der Kommunen in Deutschland?

Das Grundproblem ist strukturell: Kommunen bekommen immer mehr Aufgaben übertragen, ohne dass die Finanzierung dauerhaft und auskömmlich gesichert ist. Hier braucht es mehr Sensibilität bei Bund und Ländern. Wer bestellt, muss auch bezahlen – angemessen und verlässlich. Wir brauchen eine stärkere Beteiligung der Kommunen an Steuereinnahmen und mehr langfristige Planungssicherheit. Gleichzeitig müssen wir vor Ort weiter an Haushaltssicherheit und Effizienz arbeiten. Wenn der Staat seine Leistungsfähigkeit vor Ort nicht mehr glaubwürdig unter Beweis stellen kann, leidet das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger – und genau dort gewinnen Populisten an Raum. Eine starke kommunale Ebene ist also kein Luxus, sondern Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und funktionierende Demokratie. Wenn wir das ernst nehmen, muss sich auch die Finanzarchitektur ändern.



**„Kommunen dürfen nicht dauerhaft am Limit arbeiten – wer starke Städte will, muss sie auch entsprechend ausstatten.“**

# Drei Fragen an ... Krefelds Oberbürgermeister Frank Meyer

## Was sind die dringendsten Fragen für Krefeld angesichts der aktuellen Finanzprobleme?

OB Meyer: Man muss es ganz klar sagen: Krefeld steht finanziell, wie auch viele andere Städte in NRW, am Rande des Abgrunds. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen nicht aus, um unsere Aufgaben zu erledigen. Wir können uns schon jetzt die Investitionen in unsere Infrastruktur, moderne Wirtschaftsförderung, aktivierende Sozialpolitik und eine gute Bildungslandschaft kaum mehr leisten. Derzeit kämpfen wir überall um eine auskömmliche Finanzierung der uns übertragenen Aufgaben. Aktuell klagen wir gegen das Land NRW, weil es den offenen Ganztag nicht ordentlich finanziert. Leidtragende sind vor allem Familien mit berufstätigen Eltern und vor allem die Kinder.

## Im Rückblick auf die vergangenen Jahrzehnte struktureller Unterfinanzierung: Was war das Einschneidendste für die Stadt?

Einschneidend und frustrierend war für mich die Erkenntnis, dass wir trotz massiver Anstrengungen am Ende offenbar immer wieder ins gleiche Loch fallen. Krefeld hatte seit Anfang der 1990er-Jahre einen defizitären Haushalt, war teilweise im Nothaushalt. Aber wir haben uns Stück für Stück da rausgearbeitet. Ab 2017 hatten wir positive Jahresergebnisse, 2021 haben wir nach rund 30 Jahren die Haushaltssicherung verlassen. Das war ein historischer Moment. Und obwohl wir bei den Gewerbesteuern Rekordeinnahmen verzeichnen, stehen wir inzwischen dramatisch schlechter da als vor der Finanzwende, die wir geschafft hatten.



© Stadt Krefeld

**„Aus meiner Sicht bedarf es einer völligen Neuausrichtung der öffentlichen Finanzarchitektur von Bund, Ländern und Kommunen.“**

## Mit Blick auf Bund und Land und mit Blick auf die eigene Stadtkasse: Was muss sich ändern bei der Finanzierung der Kommunen in Deutschland?

Das Finanzsystem ist in Deutschland in eine eklatante Schieflage geraten. Es muss von Grund auf repariert werden. Aus meiner Sicht bedarf es einer völligen Neuausrichtung der öffentlichen Finanzarchitektur von Bund, Ländern und Kommunen. Und die Kommunen müssen bei allen Gesprächen gleichberechtigt am Verhandlungstisch sitzen, nicht am Katzentisch. Außerdem muss der Sozialstaat unbürokratischer und damit günstiger werden, ebenso wie das öffentliche Bauen. Die Kommunen werden von den finanziellen Lasten erdrückt. Wenn wir verhindern wollen, dass unsere Demokratie bröckelt und Vertrauen verliert, dann müssen wir die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Aufgaben ordentlich zu erfüllen.

# Hinter kommunalen Finanzkrisen steckt ein Muster

Von Christian Schuchardt

Illustration: Jakob Hinrichs



**Die aktuelle kommunale Finanzkrise hat mit einem jährlichen Defizit von 30 Milliarden Euro ein historisches Ausmaß. Neu sind immer wiederkehrende Finanzkrisen für die Kommunen aber leider nicht. Wie es zu solchen Krisen kommt, folgt stets demselben Muster. Und um es vorwegzunehmen: Die Kommunen haben darauf selbst kaum Einfluss. Wir müssen uns die Frage anschauen: Wieso geraten wir eigentlich immer wieder in Finanzkrisen? Und wie verhindern wir sie künftig?**

## Immer wieder Krise – warum eigentlich?

Kommunale Finanzkrise nach der missglückten Steuerreform des Bundes im Jahr 2000, kommunale Finanzkrise nach der Lehman-Brothers-Pleite 2008, kommunale Finanzkrise in der Corona-Zeit (weitgehend abgewendet dank Bundeshilfe). Wie gesagt, die Liste ist lang – und die Krisen folgen immer einem Muster: Eine kontinuierliche Verschlechterung der strukturellen Finanzlage der Kommunen führt dazu, dass im entscheidenden Krisenmoment die kommunalen Haushalte bereits so schwach sind, dass sie schnell in die Knie gezwungen werden. Kurz gesagt: Politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene führen zu einer langsamen, aber stetigen Überlastung der kommunalen Haushalte. Diese Überlastung fällt dann auf, wenn eine plötzliche Zusatz-

belastung hinzukommt – ob eine Konjunkturdepression oder eine Steuerreform mit Mindereinnahmen. Die wiederkehrenden kommunalen Finanzkrisen sind keine unglückliche Verkettung von Einzelfällen, sie sind Ergebnis eines unglücklichen Systems der Politikgestaltung, das die Kosten politischer Projekte bei den Kommunen ablädt.

## Wer bestellt, bezahlt bisher nur selten

Die kommunalen Haushalte sind dabei Leidtragende des immer selben politischen Musters, das für ein Mehrebenensystem typisch ist, in dem eine Ebene Maßnahmen beschließt, die andere sie aber umsetzt und die Kosten trägt. Wie sieht dieses Muster aus?

- Eine gesellschafts- und fachpolitisch durchaus sinnvolle, aber ausgesprochen teure Maßnahme wird von den politisch Verantwortlichen in den Kommunen – auch mit Blick auf die hohen Kosten – nicht priorisiert und folglich auch nicht umgesetzt.
- Fachpolitische oder auch parteipolitische Interessen versuchen, diese Entscheidungen vor Ort zu umgehen, indem die Kommunen mittels bundesgesetzlicher Vorgaben gezwungen werden, die Maßnahme umzusetzen.
- Das entsprechende Gesetz passiert Bundestag und Bundesrat, weil diese beiden Institutionen nicht die finanziellen Folgen ihrer Entscheidung tragen müs-



© Katherine Young, New York



**„Das Reich überweist die Steuern den Ländern für sich und die Gemeinden zusammen und überlässt den Ländern die Unterverteilung. Sie kennen das alte deutsche Sprichwort: ‚Den Letzten beißen die Hunde.‘ So geht es hier den Gemeinden.“**

Das Zitat stammt aus einer Rede von Konrad Adenauer (dem späteren ersten Kanzler der Bundesrepublik) am 29. Mai 1930 gehalten als Oberbürgermeister der Stadt Köln auf der 13. Hauptversammlung der kommunalpolitischen Vereinigung.

sen. Die Kommunen sind jetzt in einem Kommunikationsdilemma: Ihr politischer Widerstand muss sich jetzt gegen die fehlende Finanzierung richten. Über die Ausweitung der Aufgaben selbst wird kaum noch diskutiert – zumal, wenn die neue Aufgabe als gesellschaftspolitisch sinnvoll gilt.

- Im Ergebnis müssen die Kommunen die ihnen neu auferlegten öffentlichen Leistungen aus ihren Haushalten finanzieren.
- Sobald dann eine externe Krise auftaucht, haben die Kommunen keinerlei Puffer mehr und müssen Bund und Länder um Hilfe bitten.

### Aktuelle Finanzkrise: Drastisch und beunruhigend

Die aktuelle Finanzkrise ist in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich. Sie hat drei besonders beunruhigende Eigenschaften. Erstens: das Ausmaß. Die Defizite in Höhe von rund 30 Milliarden Euro sind historisch einmalig. Sie bedrohen die Kommunen existenziell. Zweitens: Es ist eine strukturelle Krise. Die Krise ist nicht die Folge eines einmaligen Ereignisses, sie wird auch nicht von sich aus verschwinden – auch nicht bei höherem Wirtschaftswachstum. Drittens: die finanzielle Lage von Bund und Ländern. Auch Bund und Länder haben gerade noch genug

finanziellen Spielraum, um die kommunale Finanzkrise übergangsweise abzufedern. Die Ausgabenlast der Kommunen dauerhaft zu reduzieren, ist deshalb unumgänglich, weil Bund und Länder sie auf Dauer nicht übernehmen können.

### Die Lösung wird nicht leicht

Wie können wir die schwerste kommunale Finanzkrise in der Geschichte der Bundesrepublik lösen? Kurzfristig müssen wir die akute Situation beherrschen, indem den Kommunen eine Soforthilfe zur Verfügung gestellt wird. Mittelfristig muss dann die Ausgabenlast der Kommunen reduziert werden. Langfristig müssen wir an die oben beschriebenen politischen Mechanismen ran, die immer wieder für eine schlechende Überlastung der kommunalen Haushalte sorgen. Das kann nur gelingen, wenn sich Bund und Länder strikten Regeln einer Veranlassungskonkurrenz unterwerfen, die laufend überprüft wird. Es wird mühsam, aber es ist notwendig.



© Thomas Berberich

Christian Schuchardt  
Hauptgeschäftsführer  
Deutscher Städtetag

# Gestalten in der Krise – Kommunen im Konsolidierungsdruck

Von Bastian Bergerhoff



© stock.adobe.com, Branko Strot

**Die Krise der Kommunalfinanzen ist kein neues Phänomen. Doch in den vergangenen Jahren war sie öffentlich leider meist kein Thema. Das hat sich jetzt geändert; das Problem spielt in der öffentlichen Diskussion gegenwärtig eine prominente Rolle. Diese Situation gilt es für die Kommunen zu nutzen. Sie können sich dabei aber nicht auf Hilfe aus Bund und Ländern verlassen, sondern müssen trotz Konsolidierungsdrucks alle Möglichkeiten der Gestaltung nutzen.**

## Aktuelle Problematik

Die Kommunen leiden sowohl unter kostenträchtigen konsumtiven Leistungen – durch steigende Sach- und Dienstleistungskosten, steigende Personalkosten und steigende Leistungserwartungen – wie auch unter Sanierungsstau und Transformationsdruck in den Infrastrukturen. Diese müssen fundamental erneuert werden. Das gilt insbesondere für Energieversorgung, Mobilität, Gebäudewirtschaft und den öffentlichen Raum. Insbesondere die Investitionen setzen

dabei nicht nur die Kernhaushalte der Kommunen unter erheblichen Druck, sondern beispielsweise auch die Stadtwerke. Hinzu kommt die Krise der Gesundheitsversorgung, die insbesondere die Kommunen, die mittelbar oder unmittelbar Krankenhäuser betreiben, vor weitere Herausforderungen stellt.

Selbst eine ausgesprochen steuerstarke Kommune wie die Stadt Frankfurt am Main ist momentan nicht in der Lage, die an sich nötigen Leistungen auch nachhaltig zu finanzieren. In Frankfurt am Main haben wir in den vergangenen Jahren an verschiedenen Stellschrauben gedreht, um akute Probleme zu lösen und die Planungs- und Durchführungsprozesse in der Haushalts- und Personalwirtschaft so umzustellen, dass sie mit der Knappheit so gut wie möglich zureckkommen.

## Planungsansatz

Kernelement der Haushaltsplanung ist eine wirkungsorientierte Planung, kombiniert mit

**„Selbst eine ausgesprochen steuerstarke Kommune wie die Stadt Frankfurt am Main ist momentan nicht in der Lage, die an sich nötigen Leistungen auch nachhaltig zu finanzieren.“**



einer Haushaltsplanung im sogenannten „Gegenstromverfahren“. Dabei nimmt die Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen das gesamte Aufgaben-spektrum der verschiedenen Ressorts in den Blick: In diesem Verfahren werden zunächst die absehbaren zentral planbaren Erträge (insbesondere Steuererträge sowie Erträge aus pauschalen Zuweisungen) sowie die gesetzlich dem Grunde und der Höhe nach festgeschriebenen Aufwände ermittelt – das sind insbesondere Umlagen, Transferaufwendungen, Abschreibungen auf existierende Anlagen sowie Personal- und Versorgungsaufwendungen für den existierenden Stellenplan. Der Saldo dieser Kennwerte wird anschließend in einem kol-laborativen Verfahren auf die Fachbereiche verteilt. Die Feinplanung obliegt den Fachbereichen, wobei insbesondere auch fach-bereichsspezifisch steuerbare Erträge durch sie zu planen sind und im Gegenzug dort verbleiben. Das erhöht die Motivation der einzelnen Fachbereiche, an der Ertragsseite zu arbeiten.

#### Anforderung an Planung und Controlling

Dieses Verfahren macht die Ressourcen-verteilung und ihre Grundlage für alle Fachverantwortlichen transparent, stellt sie aber vor die Herausforderung, ihrer Ressourcenverantwortung auch gerecht zu werden. Das stellt hohe Ansprüche an die dezentralen Planungs- und Control-ling-Kompetenzen. Die Finanzverwaltung unterstützt hier, kann aber natürlich die Fachkenntnis der dezentralen Einheiten nicht ersetzen. Das Resultat der Einführung dieser Vorgehensweise war kurzfristig vor allem eine höhere Planungsqualität im Vergleich zu den lange Jahre üblichen „Fortschreibungen“ von Ansätzen. Mittel- und langfristig wird dieses Verfahren aber auch die Prioritätensetzung in den Fach-bereichen und damit die Gestaltungsfähig-

keit auch und gerade bei knappen Res-sourcen ebenso stärken wie Ineffizienzen reduzieren.

#### Grenzen der Handlungsfähigkeit

Kein Planungsansatz kann allerdings eine generelle Unterfinanzierung beheben. Da helfen nur zusätzliche Ressourcen oder die Reduzierung von Aufgaben. Und hier sind in Frankfurt am Main wie in allen Kommunen die Grenzen der eigenen Handlungsfähig-keit längst erreicht. Bereits jetzt finanziert die Kommune aus originär kommunalen Steuererträgen die Erfüllung von durch Bund und Land zugeordneten Aufgaben. Bereits jetzt finanziert auch die Stadt Frankfurt am Main die nötigen Investitionen in erheblichem Ausmaß über Fremdkapital. In einer wachsenden Kommune ist dies in gewissem Maße vertretbar und richtig. Gesamtgesellschaftlich nötige Trans-formationen sind aber gesamtgesellschaftlich zu finanzieren – sonst sind sie selbst in einer steuerstarken Kommune nicht zu leisten. Und eine einigermaßen einheitliche Entwicklung der Lebensverhältnisse, wie sie uns vom Grundgesetz aufgegeben wird, schon gar nicht.



Dr. Bastian Bergerhoff  
Stadtökonomer  
Frankfurt am Main

## „Handlungsfähige Städte sind ein Garant der Demokratie.“

Oberbürgermeister Burkhard Jung  
Präsident des Deutschen Städtetages  
aus Leipzig





# Die Städte stehen vor dem finanziellen Kollaps

Von Thomas Kufen

**In der Medizin bezeichnet man das Versagen des Kreislaufs als Kollaps. Er führt zu Ohnmacht und Kontrollverlust. Dies ist das drastische, aber zutreffende Bild für die Situation, vor der viele Kommunen; auch meine Heimatstadt Essen, stehen.**

Denn die Städte und Gemeinden stehen seit geraumer Zeit finanziell mit dem Rücken zur Wand, weil Bund und Länder seit Jahren Aufgaben an die Kommunen verteilt haben, ohne eine nachhaltige Finanzierung zu gewährleisten oder die mittel- und langfristigen Folgen zu bedenken, die mit den politischen Entscheidungen einhergehen.

So muss es nicht wundern, dass das Defizit aller deutschen Städte im Jahr 2025 auf 30 Milliarden Euro geschätzt wird. Im Vorjahr waren es noch 24 Milliarden – schon damals der höchste Wert seit der Wiedervereinigung.

Besonders die explodierenden Kosten im Sozialbereich wirken sich dramatisch auf die kommunalen Haushalte aus. So sind die

Sozialtransferleistungen einschließlich der LVR-Umlage seit 2015 um über 676 Millionen Euro bzw. rund 66 Prozent gestiegen. Sie betragen 2025 in Essen rd. 1,7 Milliarden Euro. Demgegenüber stehen gestiegene Kostenerstattungen von Bund und Land im gleichen Zeitraum von ca. 390 Millionen Euro. Das Delta von weit mehr als einer Viertelmilliarden Euro (286 Millionen Euro) bedeutet eine Nettobelastung für den Stadthaushalt, was einen Anstieg von fast 60 Prozent gegenüber 2015 ausmacht.

Aber nicht nur die Sozialleistungen sind deutlich in die Höhe geschnellt. Ein wachsender Investitionsbedarf bei Infrastruktur, Schulen und Verwaltung sowie strukturelle Belastungen aus der Vergangenheit prägen die Haushaltsslage vieler Kommunen.

Hinzu kommt die strukturelle Einnahmesituation. Die kommunalen Haushalte sind stark abhängig von konjunkturell schwankenden Einnahmen, insbesondere von der Gewerbesteuer. Wirtschaftliche



**„Das sogenannte Sondervermögen kann ein sinnvoller Baustein sein, um Investitionen zu ermöglichen und kurzfristig Entlastung zu schaffen. Es ersetzt jedoch nicht die Notwendigkeit, die kommunalen Finanzen langfristig stabil und verlässlich aufzustellen und dringende Strukturreformen anzugehen.“**

Abschwünge, Strukturwandel oder Standortverlagerungen wirken sich unmittelbar auf die Einnahmeseite aus, ohne dass im Gegenzug bei den Ausgaben, die gesetzlich festgelegt sind, ebenso rasch reagiert werden kann.

Das sogenannte Sondervermögen des Bundes ist ein gutes Signal angesichts des Investitionsbedarfs, auch wenn man nicht erkennen darf, dass es sich dabei um ein gigantisches Schuldenpaket handelt. Seine Wirkung ist dann auch begrenzt – substantiell wie zeitlich. So erhält Essen daraus innerhalb der kommenden zwölf Jahre 335 Millionen Euro – also fast 28 Millionen pro Jahr. Angesichts teurer Baukosten und hoher Baustandards reicht dieses Geld mit Glück für zwei Schulbaumaßnahmen – in einer Stadt mit rund 600.000 Einwohnern nicht übermäßig viel, um städtische Brücken und Straßen zu modernisieren, Digitalisierung voranzubringen oder Schwimmbäder, Sportplätze und Bibliotheken zu erhalten.

Außerdem: die Finanzierungslücke im Essener Haushalt beträgt im aktuellen Haushalt 2025 bereits 123 Millionen Euro, davon entfallen zum Beispiel 38 Millionen Euro auf gestiegene Personalkosten und rund 15 Millionen Euro im Geschäftsbereich Soziales, Arbeit und Gesundheit, unter anderem durch einen Anstieg im Bereich Transferleistungen. Bereits aus diesen Zahlen wird deutlich, dass das sogenannte Sondervermögen keine strukturelle Maßnahme ist, die fortlaufende Kosten decken kann. Notwendige Strukturauscheidungen zur Senkung von Kosten und Aufgaben (Jugendhilfe, Sozialhilfe, Daseinsvorsorge) sind dadurch nicht weniger dringlich.

Was die Kommunen benötigen sind erstmals strukturelle Entlastungen. Zweitens muss derjenige die Rechnung bezahlen, der bestellt hat (Konnexitätsprinzip). Im Klartext: wenn Bund und Länder Gesetze machen die zu steigenden Sozialausgaben, Erziehungs-

hilfen, Ausgaben für Flüchtlingsunterkünfte, Zugewanderte oder Integrationsmaßnahmen führen, müssen Bund und Länder auch für die Kosten geradestehen. Und drittens brauchen wir endlich eine Lösung zu den Altschulden, die die Kommunen erdrücken.

Das sogenannte Sondervermögen kann ein sinnvoller Baustein sein, um Investitionen zu ermöglichen und kurzfristig Entlastung zu schaffen. Es ersetzt jedoch nicht die Notwendigkeit, die kommunalen Finanzen langfristig stabil und verlässlich aufzustellen und dringende Strukturreformen anzugehen. Kommunen brauchen planbare Einnahmen, eine dauerhafte Ausfinanzierung ihrer Aufgaben und Perspektiven für den Abbau von Altschulden. Nur so entsteht echte Handlungsfähigkeit in der Zukunft, die einen Kollaps, also das Zusammenbrechen der Kommunen, verhindert.



© Raiff Schulte Heiß

Oberbürgermeister  
Thomas Kufen  
Stadt Essen

# Verhängnisvoller Trend: Die kommunalen Sozialausgaben steigen immer schneller

Von Stefan Hahn

**Während in Berlin über Reformen diskutiert wird, steigen die Sozialausgaben weiter und schneller. Dabei ist bekannt, dass die schlechte Lage der Kommunalfinanzen ihre Ursache in erster Linie im Anstieg der kommunal finanzierten Sozialeistungen hat. Gleichzeitig hat sich die Hoffnung der Städte schnell zerschlagen, dass die Kommission zur Reform des Sozialstaats Vorschläge liefert, die zu einer Verringerung des Anstiegs führen. Fragen nach einer Reduzierung von Standards oder einer Kostenbeteiligung von Bund und Ländern wurden schnell ausgeklammert.**

Nachfolgend stellt sich die Kostenentwicklung in drei wichtigen Teilbudgets im Detail wie folgt dar:

## Kinder- und Jugendhilfe

Die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe sind in den vergangenen Jahrzehnten gesetzlich erheblich ausgeweitet worden. Im Zehnjahresvergleich haben sich die Nettoausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2014

mit 34,93 Milliarden Euro bis zum Jahr 2024 mit 74,25 Milliarden Euro fast verdoppelt. Der Ausgabenanstieg beträgt 113 Prozent.

Trotz rückläufiger Geburtenrate ist die Ausgabendynamik auch im Jahr 2024 mit 9,8 Prozent gegenüber dem Jahr 2023 ausgesprochen hoch. Im Vorjahr lag der Anstieg noch bei 9,2 Prozent. Die Kinder- und Jugendhilfe nach dem Sozialgesetzbuch VIII wird zu über 80 Prozent von den Kommunen finanziert, darüber hinaus von den Ländern und zu einem kleinen Teil durch den Bund.

## Eingliederungshilfe

Die Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen werden überwiegend kommunal und teilweise von den Ländern mitfinanziert. Die Nettoausgaben für die Eingliederungshilfe betragen im Jahr 2024 insgesamt 28,7 Milliarden Euro.

Die langfristige Entwicklung zeigt einen deutlichen Trend zur Ausgabensteigerung. Im Vergleich zum Jahr 2014 (rund 14,97 Milliarden Euro) sind die Ausgaben bis zum Jahr 2024 um rund 91 Prozent angestiegen. Besonders alarmierend: Der Anstieg beschleunigt sich. Während der Anstieg vom Jahr 2022 auf 2023 noch 9,4 Prozent betrug, liegt er nun bei fast 13 Prozent.

Seit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) im Jahr 2020 steigt die Ausgabendynamik in der Eingliederungshilfe mit enormer Geschwindigkeit. Im Jahr 2024 sind die Nettoausgaben gegenüber 2023 um 12,9 Prozent gestiegen.

## Beitrag Hilfe zur Pflege

Im Jahr 2024 beliefen sich die Bruttoausgaben für die Hilfe zur Pflege auf 5,3 Milliarden Euro netto. Sofern pflegebedürftige



## Kinder- und Jugendhilfe im Zehnjahresvergleich



Der allergrößte Teil der Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe wird kommunal getragen. Reine Ausgaben nach Abzug von Kostenbeiträgen: zum Beispiel durch Elternbeiträge für Tagesbetreuung von Kindern, Hilfen zur Erziehung, Inobhutnahme sowie Eingliederungshilfe für seelische beeinträchtigte Kinder und Jugendliche.

Eigene Zusammenstellung nach Daten des statistischen Bundesamtes

## Kommunale Ausgaben zur Hilfe zur Pflege



Leistungen für Pflegebedürftige im Sozialgesetzbuch XII, wenn Pflegeversicherung und eigenes Vermögen nicht ausreichen. Die Hilfe zur Pflege wird ausschließlich kommunal finanziert.

Eigene Zusammenstellung nach Daten des statistischen Bundesamtes

Menschen den zum Teil weitaus größeren Anteil der Aufwendungen nicht selbst übernehmen können, haben die Kommunen die verbleibenden Kosten im Rahmen der Sozialhilfe zu übernehmen. Diese Entwicklung hat gravierende Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte.

Im Zehnjahresvergleich zeigt sich, dass die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege trotz der Reform von 3,5 Milliarden Euro netto im Jahr 2014 auf 5,3 Milliarden Euro netto im Jahr 2024 angestiegen sind. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 51 Prozent.

### Forderungen des Deutschen Städtetages

Nötig sind eine Kostenbeteiligung des Bundes und die Erhöhung der Finanzierungsanteile der Flächenländer an den Aufwänden für Kinder- und Jugendhilfe und Eingliederungshilfe

Wichtig ist zudem eine Überprüfung, ob Leistungsausweitungen der letzten Jahre wieder zurückgedreht werden müssen. Dazu gehören die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes und insbesondere der personenzentrierten Leistungen, die zu mehr Bürokratie und Ausgabensteigerungen geführt haben.

Die Explosion der Kosten für die individuelle Schulbegleitung muss separat betrachtet

werden. Hier werden strukturelle Maßnahmen statt individueller Hilfen benötigt.

In der Kinder- und Jugendhilfe gilt es zu diskutieren, ob die Einführung des gebundenen Rechtsanspruchs auf Hilfe zur Erziehung für Volljährige angesichts der Finanzlage, aber auch aufgrund der beschränkten Kapazitäten in Einrichtungen der Jugendhilfe noch vertretbar ist.

In der Pflege fordert der Deutsche Städtetag schon seit Langem und zuletzt wieder in der Pflegekommission Ende 2025 eine wirksame Begrenzung der pflegebedingten Eigenanteile. Die Pflegeversicherung ist perspektivisch als Vollversicherung auszustalten; zumindest bedarf es einer effektiven Deckung der Eigenanteile.

Der Deutsche Städtetag wird mit seinen Fachausschüssen, insbesondere dem Sozial- und dem Finanzausschuss weiterhin Vorschläge erarbeiten, um die Lasten für die kommunalen Sozialhaushalte deutlich reduzieren zu können.



Stefan Hahn  
Beigeordneter  
Deutscher Städtetag

## Präsidium und Hauptausschuss tagten in Dresden

© Jens Kirchschläger



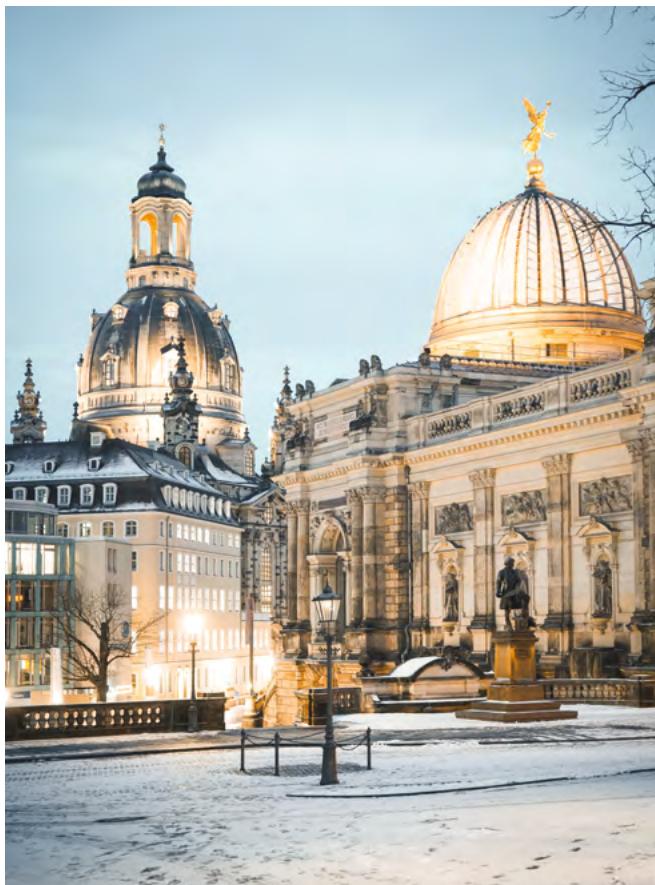
### Kulturbauten gemeinsam sichern

Prägende Kulturbauten in Deutschland sind in Gefahr: Viele Theater, Museen, Opernhäuser und Kulturzentren müssen dringend saniert werden. Das KfW-Kommunalpanel 2025 beziffert den Sanierungsstau auf 6,6 Milliarden Euro, allein im vergangenen Jahr ist er um 40 Prozent gestiegen. „Wir

brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen, um unsere einzigartigen Kulturbauten zu sanieren und zu erhalten“, mahnte Christian Schuchardt, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. „Die bisherigen Fördermaßnahmen reichen dafür nicht aus.“

Konkret fordern die Städte vom Bund nicht nur mehr Fördermittel für die Sanierung und die energetische Ertüchtigung von Kulturbauten, sondern auch einen unbürokratischen Mittelabruf und variable kommunale Eigenanteile, die sich an der Finanzlage vor Ort orientieren. Die Städte sehen zudem die Länder in der Pflicht: Auch diese sollten sich finanziell an der Sanierung von Kulturbauten beteiligen, etwa über ihre Landesbanken. Zum Thema hat das Präsidium des Deutschen Städtetages in Dresden das Positionspapier „Die Sanierung von Kulturbauten – gemeinsame Kraftanstrengung zum Erhalt unserer Kultur“ beschlossen

↗ [www.staedtetag.de/26101](http://www.staedtetag.de/26101)



Blick auf die Dresdner Altstadt: Kulturbauten brauchen Schutz. Der Deutsche Städtetag fordert deshalb eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund und Ländern zum Erhalt von Theater, Museen und anderen Kulturimmobilien. (© Michael R. Hennig, DML-BY)

Fotos: © Jens Kirchschläger



Dialog zu Chancen und Herausforderungen für eine zukunftsfähige Verwaltung mit Prof. Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister a. D.

Michael Kretschmer, Ministerpräsident von Sachsen, begrüßte den Hauptausschuss in der Landeshauptstadt Dresden.

Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch aus Lüneburg ist neue Vizepräsidentin des Deutschen Städetages. Es gratulierten Städetagspräsident Burkhard Jung (l.), Vizepräsident Uwe Conradt (2. v. r.) und Hauptgeschäftsführer Christian Schuchardt (r.).

## Krisenresilienz dauerhaft finanzieren

Extremwetter, Angriffe auf kritische Infrastruktur und Cyberattacken nehmen zu: Um im Krisenfall handlungsfähig zu bleiben, brauchen die Städte eine deutlich bessere und dauerhafte Finanzierung des Bevölkerungsschutzes. Das machte Städetagsvizepräsident Uwe Conradt nach den Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Dresden deutlich.

Die Städte bereiteten sich längst auf Krisen vor, so Conradt, aber der Bund müsse seinen Aufgaben besser nachkommen: „Wer nationale Resilienz und Zivilschutz einfordert, muss dafür auch dauerhaft die finanziellen und technischen Voraussetzungen schaffen.“ Das gelte auch für Stromausfälle: Für den Fall der Fälle muss der „Bund eine nationale Blackout-Reserve mit mobilen Kraftwerken mit großer Kapazität vorhalten“, sagte Conradt. Bei einem länger anhaltenden

Abbruch der Stromversorgung müssten auch ganze Quartiere, statt nur einzelner Gebäude mit Notstrom versorgt werden können.

Der Hauptausschuss des Deutschen Städetages hat zudem das Diskussionspapier „Smarte Schwammstadt und modernes Starkregenmanagement: wie Städte klimaresilienter werden“ verabschiedet. Extreme Niederschlagsmengen in kurzer Zeit können Hochwasser und Sturzfluten auslösen. Für mehr Klimaresilienz vor Ort sind in dem Papier Handlungsnotwendigkeiten und Forderungen an die Bundespolitik zusammengefasst.

↗ [www.staedtetag.de/26102](http://www.staedtetag.de/26102)



## Digitaltag 2026: Anmeldestart für Aktionen am 26. Juni

Der Digitaltag am 26. Juni ist ein Aktions- tag, an dem Städte, Organisationen, Vereine, Unternehmen und auch Privatpersonen Seminare, Workshops, Vorträge, Führungen, Beratungen und vieles mehr rund um die Digitalisierung anbieten. Alle können eigene Aktionen gestalten, mit denen die digitale Teilhabe gefördert wird. Außerdem werden ein Publikumspreis und ein Jurypreis für digitales Miteinander vergeben. Hinter dem Digitaltag steht die Initiative „Digital für alle“ – ein Bündnis von mehr als 25 Organisationen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft, Wohlfahrt und öffentliche Hand. Ziel ist, dass sich möglichst viele Menschen in der digitalen Welt souverän, sicher, selbstbewusst und selbstbestimmt bewegen können.

↗ <https://digitaltag.eu>

**Digitaltag**  
2026

## „BlueGreen City Coaching“

Die Städteags-Mitgliedsstädte Aachen, Braunschweig, Darmstadt, Freiburg, Göttingen, Gütersloh, Herne, Magdeburg, Mainz und Regensburg werden aktuell bei einer klimaangepassten Stadtentwicklung unterstützt. Um stadspezifische Lösungsansätze zu entwickeln, erhalten sie ein individuelles Coaching mit juristischer, siedlungswasserwirtschaftlicher, sozio-ökonomischer und politikwissenschaftlicher Expertise. Blau-Grüne Infrastrukturen in Städten aus wasserbezogenen und vegetationsbasierten Systemen gelten als effektiver Ansatz gegen Hitze und Trockenheit oder Starkregenereignisse. Das Forschungsprojekt mit einer Laufzeit bis 2027 wird vom Umweltbundesamt betreut, vom Bundesumweltministerium gefördert und vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) umgesetzt.

↗ [www.ufz.de/bluegreencitycoaching](http://www.ufz.de/bluegreencitycoaching)



## Spezialmagazin „Schwammstadt“

Wie können Stadträume so gestaltet werden, dass sie Starkregenereignisse genauso abfedern wie Hitzewellen? Welche inspirierenden Lösungen für die klimaresiliente Stadt gibt es etwa in Kopenhagen, Rotterdam, Berlin, Hamburg oder Singapur? Fragen wie diese stehen im Mittelpunkt des gerade erschienenen 108 Seiten starken Spezialmagazins. Gut 20 Fach- und Guestbeiträge behandeln Themen wie Bürgerbeteiligung, Verkehrsplanung, Entsiegelung, Wasserspeicherung, Hitzeinseln in historischen Altstädten, Forschung, Förderung und heimische Schwammstadt-Gärten. Schwammstadt (ISBN 978-3-944549-59-0) ist erhältlich im gut sortierten Zeitschriftenhandel, im Buchhandel oder Online.

↗ [www.verlagsprojekte.de](http://www.verlagsprojekte.de)

# Deutscher Städtetag



© Hansestadt Lüneburg, Scheffgen.de

Lüneburgs Oberbürgermeisterin **Claudia Kalisch**, (Bündnis 90/Die Grünen), ist jetzt Vizepräsidentin des Deutschen Städte- tags. Der Hauptausschuss des Deutschen Städte- tags hat sie im Januar benannt. Sie folgt im Amt der Vizepräsidentin auf Katja Dörner (Bündnis 90/ Die Grünen). Die nächst- ten Wahlen zur Städte- tagsspitze finden bei der Hauptversammlung des Deutschen Städte- tags im Juni 2027 in Magde- burg statt. Kalisch steht seit 2021 an der Spitze der Hansestadt Lüneburg und engagiert sich seit 2023 im Präsidium und seit 2022 im Hauptausschuss des Deutschen Städte- tags.

## Wählen zum Präsidium

Folgende Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister wurden am 27. November 2025 vom Hauptausschuss ins Präsidium des Deutschen Städte- tags gewählt:



© CDU Nordrhein-Westfalen

Neues Mitglied im Prä- sidium ist Oberbürgermeister **Guido Déus**, Bundesstadt Bonn. Der Christdemokrat leitet seit November 2025 die Geschicke der Stadt Bonn.



© Paul Metzdorf

Oberbürgermeister **Tilman Fuchs** (Bündnis 90/Die Grünen), Stadt Münster, wurde ebenfalls vom Hauptausschuss ins Präsidium gewählt. Er steht seit November 2025 an der Spitze der Stadt Münster.



© Heidi Frank

Der Oberbürgermeister von Würzburg, **Martin Heilig** (Bündnis 90/Die Grünen), wurde ebenso vom Hauptausschuss ins Präsidium gewählt. Er steht seit Juli 2025 an der Spitze der Stadt Würzburg.



© Pressefoto

Der Oberbürgermeister von Braunschweig, **Dr. Thorsten Kornblum**, wurde ebenso ins Präsidium des Deutschen Städte- tags gewählt. Der Sozialdemokrat ist seit 2021 Oberbürgermeister von Braunschweig.



© Pascal Skwara

**Andrea Henze**, Oberbürgermeisterin von Gelsenkirchen, wurde auch ins Präsidium gewählt. Die Sozialdemokratin leitet seit November 2025 die Geschicke der Stadt Gel- senkirchen.



© Kristina Becker – photovisionen

Oberbürgermeisterin **Eva-Maria Kröger** (Die Linke), Hansestadt Rostock, wurde gleichfalls ins Präsidium des Deutschen Städte- tags gewählt. Sie steht seit 2023 an der Spitze von Rostock.



© Stadt Erfurt, Steve Bauerschmidt

Ebenfalls vom Hauptausschuss ins Präsidium gewählt wurde Oberbürgermeister **Andreas Horn** aus Erfurt. Der Christdemokrat steht seit 2024 an der Spitze der Landeshauptstadt Erfurt.



© Jens Kirchschläger

**Frank Meyer**, Oberbürgermeister von Krefeld, wurde ebenfalls vom Hauptausschuss ins Präsidium gewählt. Der Sozialdemokrat steht bereits seit 2015 an der Stadtspitze von Krefeld.



© Stadt Kassel, Ben Wolf

Der Oberbürgermeister von Kassel, **Dr. Sven Schoeller** (Bündnis 90/Die Grünen), wurde ebenso ins Präsidium des Deutschen Städttetages gewählt. Er ist seit 2023 Oberbürgermeister von Kassel.

#### Verabschiedungen aus dem Präsidium:



© Stadt Viersen

Bürgermeisterin a. D. **Sabine Anemüller**, Stadt Viersen, war 2025 nicht mehr zur Wahl als Oberbürgermeisterin angetreten und scheidet somit aus dem Präsidium des Deutschen Städttetages aus. Die Sozialdemokratin leitete seit 2015 die Geschicke der Stadt Viersen und engagierte sich im Präsidium seit 2020 und bereits seit 2015 im Hauptausschuss des Deutschen Städttetags.



© Stadt Bielefeld

Der ehemalige Oberbürgermeister **Pit Clausen**, Stadt Bielefeld, der die Geschicke der Stadt Bielefeld von 2009 bis 2025 leitete, wurde ebenfalls aus dem Präsidium des Deutschen Städttetages verabschiedet. Der Sozialdemokrat war im vergangenen Jahr nicht mehr zur Wahl angetreten. Er war seit 2021 einer der Stellvertreter des Präsidenten des Deutschen Städttetages. Clausen engagierte sich seit 2015 im Präsidium und seit 2009 im Hauptausschuss des Deutschen Städttetages. Zudem stand er insgesamt acht Jahre an der Spitze des Städttetages NRW. Mit viel Engagement trat er für die Sache der Städte und für parteiübergreifende Lösungen innerhalb der kommunalen Verbände ein. Er gab den Städten eine starke Stimme gegenüber der Bundes- und Landespolitik.



© Sandra Then

Oberbürgermeisterin a. D. **Katja Dörner** (Bündnis 90/Die Grünen), Bundesstadt Bonn, wurde bei der Präsidiumssitzung im Januar

in Dresden feierlich verabschiedet. Burkhard Jung dankte Katja Dörner für ihren Einsatz für die Interessen der Städte im Deutschen Städttetage, für ihre Offenheit und ihre Tatkräftigkeit. Er hob hervor, dass sie die zentralen Zukunftsaufgaben der kommunalen Ebene so mutig vorangetrieben hat. Dörner stand seit 2020 an der Spitze der Bundesstadt Bonn und war von 2023 bis 2025 Vizepräsidentin des Deutschen Städttetages und zuvor seit 2021 Stellvertreterin des Präsidenten. Im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städttetages engagierte sie sich seit 2020.



© Stadt Aachen, Carl Brunn

tages. Außerdem war sie stellvertretende Vorsitzende des Städttetages NRW.



© Danny Friede

Die ehemalige Oberbürgermeisterin von Köln, **Henriette Reker**, schied ebenfalls aus dem Präsidium des Deutschen Städttetages aus. Reker leitete die Geschicke der Stadt Köln seit 2015 und war 2025 nicht mehr zur Wahl angetreten. Sie engagierte sich seit 2017 im Präsidium und seit 2020 im Hauptausschuss des Deutschen Städttetages.

#### Neu im Amt



© Pepe Lange

**Kiel:** Neuer Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel wird **Dr. Samet Yilmaz** (Bündnis 90/Die Grünen). Die Amtsübernahme wird im April erfolgen. Yilmaz folgt auf Dr. Ulf Kämpfer, der seit 2014 an der Spitze der Landeshauptstadt steht. Der Sozialdemokrat engagiert sich seit 2017 im Präsidium und seit 2018 im Hauptausschuss des Deutschen

Städtetages. Zudem war er von 2019 bis 2023 Stellvertreter des Präsidenten und ist derzeit Präsident des VKU.



© DLIT, FA Wind

**Deutscher Landkreistag:** Neuer Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages ist seit Anfang Januar **Dr. Kay Ruge**. Er folgt auf Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, der das Amt 24 Jahre inne hatte. Ruge ist bereits seit 2003 im Verband und war ab 2025 Beigeordneter für Verfassungs- und Europafragen sowie Digitalisierung, seit 2016 war er zusätzlich für den Bereich Bauen, Umwelt und Klimaschutz verantwortlich. Bereits seit 2020 war er außerdem Stellvertreter des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Landkreistages.

## Geburtstage



© Andreas Hillmann

**Kai Buchmann** (parteilos), Oberbürgermeister von Nordhausen, feiert am 16. März seinen 50. Geburtstag. Buch-

mann leitet seit 2017 die Geschicke der Stadt Nordhausen.



© Chris Danneffel

**Oberbürgermeister Uli Burchardt**, Stadt Konstanz, wird am 1. Februar 55 Jahre alt. Der Christdemokrat steht bereits seit 2012 an der Spitze der Stadt Konstanz und engagiert sich seit 2018 im Präsidium und seit 2013 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



© Pascal Kiefer Der Passgraf

Der Oberbürgermeister von Neuwied, **Jan Einig**, begeht am 10. März seinen 50. Ehrentag. Der Christdemokrat ist seit 2017 das Stadtoberhaupt von Neuwied.



© Berny Meyer

**Dr. Eva Lohse**, frühere Städtetagspräsidentin und Oberbürgermeiste-

rin der Stadt Ludwigshafen am Rhein, wurde am 23. Januar 70 Jahre alt. Die Christdemokratin stand von 2002 bis 2017 an der Spitze der Stadt Ludwigshafen. Von 2015 bis 2017 war sie Präsidentin des Deutschen Städtetages sowie von 2013 bis 2015 Vizepräsidentin. 13 Jahre lang engagierte sie sich im Präsidium und Hauptausschuss des Verbandes.



© Hammer Media GmbH, Nico Kurth

**Harry Mergel**, Oberbürgermeister von Heilbronn, feiert am 11. Februar seinen 70. Geburtstag. Der Sozialdemokrat leitet seit 2014 die Geschicke der Stadt Heilbronn.



© www.hinzfoto.de / Holger Hinz

**Oberbürgermeister Kars ten Vogt**, Stadt Bautzen, wird am 5. Februar 55 Jahre alt. Der Christdemokrat steht seit 2022 an der Spitze der Stadt Bautzen.



© Pressefoto

Der Oberbürgermeister von Remscheid, **Sven Wolf**, begeht am 10. Februar seinen 50. Ehrentag. Der Sozialdemokrat ist seit November 2025 Stadtoberhaupt von Remscheid.



© CDU Aachen

**Dr. Michael Ziemons**, Oberbürgermeister der Stadt Aachen, feiert am 15. März seinen 50. Geburtstag. Der Christdemokrat leitet seit November 2025 die Geschicke der Stadt Aachen. Seit Dezember 2025 ist er Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Herausgeber:  
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1  
10117 Berlin  
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32  
50670 Köln  
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: [post@staedtetag.de](mailto:post@staedtetag.de)  
Internet: [www.staedtetag.de](http://www.staedtetag.de)

Christian Schuchardt  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied

Timm Steinborn (V.i.s.d.P.)  
Leiter Abteilung Kommunikation  
und Medien

Redaktionsleitung: Uwe Schippmann  
Redaktion: Tobias Fricke  
Mitarbeit: Janina Hausner

Gestaltung: DITHO Design, Köln  
Layout: Anna-Maria Roch  
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs  
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510  
Fax: 02224/1874-495  
E-Mail: [diederichs@medeya.de](mailto:diederichs@medeya.de)